

PRESSEINFORMATION

Berlin, den 9. Juli 2004

Mehr Effizienz bei der Steuererhebung!

Stiftung Marktwirtschaft fordert Wettbewerb bei Steuern und Bildung

Die Stiftung Marktwirtschaft unterstützt Bundesfinanzminister Eichel bei seiner Forderung nach mehr Effizienz für die Steuerverwaltung. Denn allein der Umsatzsteuerbetrug beläuft sich jährlich auf fast 18 Mrd. Euro. Das entspricht in der Größenordnung dem deutschen Beitrag zum EU-Haushalt. Weitere Milliarden gehen durch Steuerhinterziehung bei den Ertragsteuern verloren. Im Rahmen der Föderalismusreform sollte dieses Problem dringend gelöst werden – „angesichts des Desasters in den öffentlichen Haushalten haben wir kein Geld mehr an Betrüger zu verschenken“, so der Föderalismus-Experte der Stiftung Marktwirtschaft, Dr. Gerhard Schick.

Die Stiftung Marktwirtschaft setzt sich deshalb für eine effizientere Finanzverfassung mit eigenständigen steuerpolitischen Handlungsmöglichkeiten der Länder ein und fordert die Umstellung des Länderfinanzausgleichs vom jetzigen Finanzkraftausgleich auf einen Wirtschaftskraftausgleich. „So wären die Länder motiviert, ihre Steuern konsequent einzutreiben, weil sie auch etwas davon hätten“, urteilt Schick. „Bisher findet leider immer wieder Wirtschaftsförderung durch Wegsehen bei der Steuerhinterziehung statt.“

Die Zentralisierung der Steuerverwaltung auf Bundesebene ist für die Stiftung Marktwirtschaft deshalb nur die zweitbeste Lösung. „Doch nachdem die Föderalismuskommission steuerpolitischen Kompetenzen der Länder eine Absage erteilt hat, wäre eine Zentralisierung der Finanzämter beim Bund durchaus eine Option auf dem Weg zu mehr Steuergerechtigkeit“, so Dr. Gerhard Schick. „Denn eine Bundesbehörde hätte ein vitales Eigeninteresse an einer konsequenten Steuererhebung.“ Außerdem könnte sie die Koordinationsprobleme zwischen den verschiedenen Behörden überwinden, die derzeit die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -betrug erschwert. Schick betont: „Eine Bundessteuerverwaltung steht einem intensiveren Steuerwettbewerb zwischen den Ländern nicht entgegen. Dieser könnte und sollte der zweite Schritt sein.“

Für Dezentralisierung im Rahmen der Föderalismusreform plädiert die Stiftung Marktwirtschaft hingegen beim Beamtenrecht. „Arme Bundesländer wie Berlin benötigen hier dringend mehr Gestaltungsfreiheit“, fordert der Föderalismus-Experte der Stiftung Marktwirtschaft und ruft die Politik dazu auf, nicht den Eigeninteressen des Beamtenbundes und der Gewerkschaften am Erhalt des Status quo nachzugeben. Außerdem befürwortet die Stiftung Marktwirtschaft, die Kompetenzen der Länder im Bildungsbereich auszubauen, damit ein Wettbewerb der Bundesländer zu einem auch international wettbewerbsfähigen Bildungssystem führt.

Insgesamt ist die Stiftung Marktwirtschaft eher pessimistisch, was die Ergebnisse der Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung angeht: „Leider ist die Kommission allzu sehr ein Spiegelbild der politischen Verhältnisse in Deutschland. Statt mutig zu gestalten, streiten Bundesregierung und Landesregierungen um Kompetenzdetails.“ Dringend erforderlich sei eine Stärkung der Parlamente und eine Orientierung an den Interessen der Bürger. „Öffentlicher Druck wäre dringend notwendig, um hier doch noch einen inhaltlichen Durchbruch zu schaffen“, so Schick.

(79 Zeilen à 40 Zeichen)

Ihre Ansprechpartnerin:

Dr. Katrin Schnettler
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin

Tel.: (030) 206057-33
Fax: (030) 206057-57
E-Mail: schnettler@stiftung-marktwirtschaft.de
Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de